

## BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

18. Wahlperiode

## AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Stadt)

35. Sitzung

17.01.14

### Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

35. Sitzung

am 17. Januar 2014

im Börsenhof A

Anwesend: Abg. Brumma (SPD)  
Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Frau Garling (SPD)  
Abg. Gottschalk (SPD)  
Abg. Hinners (CDU)  
Abg. Kau (CDU), Vorsitzender  
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Liess (SPD), stellv. Vorsitzender  
Abg. Frau Piontkowski (CDU)  
Abg. Reinken (SPD)  
Abg. Rupp (DIE LINKE)  
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Frau Tuchel (SPD)  
Abg. Weber (SPD)

außerdem sind anwesend:

Herr Dr. Sommer	)	von der Senatskanzlei
Frau Sokol	)	Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
Frau Dr. Brockmüller	)	vom Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen
Frau Dr. Otten	)	

Staatsrat Lühr	)	
Staatsrat Strehl	)	
Herr Büchner	)	
Herr Fehren	)	
Frau Hentschel	)	von der Senatorin für Finanzen
Frau Kreitz	)	
Frau Maleki	)	
Herr Meyer	)	
Herr Sommer	)	
Herr Trottnow	)	
Frau Willenborg	)	
Frau Moning		von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft
Herr Josteit	)	vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Frau Rüpke	)	
Herr Rauscher		von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Herr Wiebe	)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Herr Wilken	)	Herr Zech )
Frau Rautenberg		vom Senator für Gesundheit
Frau Engelbertz		Immobilien Bremen
Herr Fischer	)	Wirtschaftsförderung Bremen GmbH ( (WFB)
Herr Radtke	)	vom Gesamtpersonalrat für das Land
Herr Winsemann	)	und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei als Assistent des Ausschusses

Abg. Kau eröffnet die Sitzung um 15.31 Uhr.

## Öffentlicher Teil

### I. Protokolle

#### 1. Protokoll der 31. Sitzung am 26. November 2013 (Haushaltsberatungen 2014/2015)

Unter Hinweis auf die Behandlung des inhaltsgleichen Tagesordnungspunkts in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 1., setzt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Beratung dieses Tagesordnungspunkts aus.

#### 2. Protokoll der 32. Sitzung am 6. Dezember 2013 (Haushaltsberatungen 2014/2015 - Restanten)

Unter Hinweis auf die Behandlung des inhaltsgleichen Tagesordnungspunkts in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2., setzt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Beratung dieses Tagesordnungspunkts aus.

#### 3. Protokoll der 33. Sitzung am 6. Dezember 2013

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 33. Sitzung am 6. Dezember 2013.

#### 4. Protokoll der 34. Sitzung am 11. Dezember 2013

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 34. Sitzung am 11. Dezember 2013.

### II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

#### 1. Überweisungen aus dem Plenum

- 1.1 **Einrichtung eines Sondervermögens Wohnen**  
**Antrag der Fraktion DIE LINKE**  
- Drucksache 18/350 S vom 13. Juni 2013 -  
- Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 21. Oktober 2013 -

**Abg. Rupp** erläutert die zu diesem Antrag nachgereichte Vorlage der Fraktion DIE LINKE vom 16. Januar 2014.

**Abg. Dr. Kuhn** erklärt, die Koalition werde den Antrag der Fraktion DIE LINKE ablehnen. Aus seiner Sicht bestehe keinerlei Veranlassung ein solches Sondervermögen, bei dem im Übrigen völlig unklar sei, wer die Verwaltung übernehmen solle, zu errichten. Eine Wohnungsbauförderung könne ebenso durch die GEWOBA erfolgen. Darüber hinaus bestehe bereits mit dem Treuhandvermögen bei der Bremer Aufbaubank ein Instrumentarium zur Durchführung entsprechender Wohnungsbauförderungsprogramme.

**Abg. Liess** ergänzt, dass das zur Errichtung eines solchen Sondervermögens notwendige Kapital nicht zur Verfügung stehe. Richtiger sei es deshalb, durch eine Stärkung der GEWOBA den sozialen Wohnungsbau in Bremen zu fördern. Die SPD-Fraktion suche derzeit nach Wegen, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE - Einrichtung eines Sondervermögens Wohnen - mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU gegen die Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) ab und bittet die Ausschussassistenten, zur Februar-Sitzung einen Berichtsentwurf an die Stadtbürgerschaft vorzulegen.

## **2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss**

### **2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 11. Dezember 2013 -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Liste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

**3. Angelegenheiten aus anderen Fachausschüssen, insbesondere aus dem Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit**

- keine Vorlagen -

**4. Sonstiges**

**4.1 Zukünftiger Versand der Haushaltsentwürfe zu den Haushaltsberatungen**

Unter Hinweis auf die Behandlung des inhaltsgleichen Tagesordnungspunkts in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 4.1, beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt), bei den künftigen Haushaltsberatungen grundsätzlich nur noch den Ausschussmitgliedern der Haushalts- und Finanzausschüsse, den Fraktionen und der Bürgerschaftsverwaltung die Haushaltsentwürfe in Papierform zur Verfügung zu stellen. Die notwendige Stückzahl der Sätze wird vor Versand durch die Ausschussassistenten ermittelt. Im Übrigen werden die Haushaltsentwürfe allen Abgeordneten und Fraktionen durch die Finanzverwaltung digital auf CD-ROM zur Verfügung gestellt.

**III. Initiativen des Senats**

**1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.**

**1.1 Zehnte Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung der Bildungs- und Wissenschaftsverwaltung  
- Vorlage 18/ 470 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 1.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig der Zehnten Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung der Bildungs- und Wissenschaftsverwaltung zu.

**2. Europaangelegenheiten**

- keine Vorlagen -

### **3. (Controlling-) Berichte/DHS**

#### **3.1 Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis September 2013 - Vorlage 18/437 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 3.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis September 2013 zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) sieht die Berichtsbitte Nr. 80 der Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge als erledigt an.

#### **3.2 Bauvorhaben auf dem Bremer Bahnhofsvorplatz hier: Berichtsbitte von Herrn Kau vom 3. Dezember 2013 - Vorlage 18/471 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 3.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 23. Dezember 2013 und den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 12. Dezember 2013 zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die beteiligten Ressorts bis zu seiner Sitzung im Februar 2014 um einen weiteren Bericht, der unter chronologischer Darstellung der wesentlichen Geschehnisse hinsichtlich der Prüfung einer Anmietmöglichkeit auf dem Investorengrundstück Bahnhofsvorplatz zu den Fragestellungen der Fraktion der CDU mit Schreiben vom 3. Dezember 2013 Stellung nimmt und in diesem Bericht darlegt, bis zu welchem Zeitpunkt mit der Bebauung des Grundstücks begonnen werden muss und bis wann der Anmietbedarf des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zu decken ist.

#### **3.3 Gesundheitsbericht des bremischen öffentlichen Dienstes 2012 und Gesundheitsbericht 2012 kompakt - Vorlage 18/472 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 3.3, setzt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Beratung dieses Tagesordnungspunkts aus.

**3.4 Last-Call-Verfahren  
Sachstand und Fortführung bei Immobilien Bremen und Dataport  
- Berichtsbitte Nr. 1 der Auftragsliste -  
- Vorlage 18/473 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 3.4, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht der Senatorin für Finanzen zur Kenntnis und bittet um einen umfassenden Bericht zum Last-Call-Verfahren für die Sitzung am 21. Februar 2014.

**3.5 Prüfung der Rekommunalisierung bzw. Teilrekommunalisierung der Energienetze  
hier: Sachstandsbericht  
- Berichtsbitte Nr. 64 der Auftragsliste -  
- Vorlage 18/482 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 3.7, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**3.6 Zwischenbericht zum IT-Einsatz im Personalmanagement der Freien Hansestadt Bremen  
- Berichtsbitte Nr. 101 der Auftragsliste -  
- Vorlage 18/483 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 3.8, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, im März 2014 über die Zwischenergebnisse im Umsetzungsprojekt KoPers Bremen zu berichten.

**4. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, allgemeine Vermögensangelegenheiten**

**4.1 Erhöhung und Prolongation der Kreditlinie im Rahmen des Cashmanagements für die Grundstücksentwicklung Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG (GEG KG)  
- Vorlage 18/474 S -**

Auf Nachfrage des Abg. Kau erklärt **Frau Maleki**, die Feststellung einer deutlich günstigeren Finanzierung des Projektes bei der gesamten Laufzeit über das Cashmanagement habe erst Ende letzten Jahres auf Grundlage einer Aussage der EZB, dass der Zinssatz für Tagesgeld auch in den

nächsten vier bis fünf Jahren konstant niedrig bleibe, getroffen werden können. Dieser Umstand sei im Planungszeitraum der Maßnahme vor circa zwei Jahren noch nicht absehbar gewesen. Unglücklich sei allerdings, dass die Erhöhung und Prolongation der Kreditlinie im Rahmen des Cashmanagements in dieser Form nicht bereits in der Dezember-Sitzung des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses erfolgte.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Erhöhung der Kreditlinie auf 7,2 Mio. Euro und der Prolongation für die Grundstücksentwicklung Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG bis zum 1. Januar 2018 zu.

## **5. Vollzug der Haushalte Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten**

### **5.1 Anträge auf Nachbewilligung auf den Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2014**

- keine Vorlagen -

### **5.2 Anträge auf Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung**

- keine Vorlagen -

### **5.3 Anträge auf Sperrenaufhebung**

- keine Vorlagen -

### **5.4 Sonstige Vollzugsangelegenheiten**

#### **5.4.1 Generelle Ermächtigungen/Zustimmungen 2014 - Vorlage 18/477 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 5.4.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU bei Enthaltung des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) den vorgeschlagenen generellen Er-



mächtigungen beziehungsweise Zustimmungen zur Durchführung der Haushalte 2014 zu.

**6. Personalhaushalt/Stellenplan**

- keine Vorlagen -

**7. Prüfaufträge**

- keine Vorlagen -

**8. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik**

- keine Vorlagen -

**9. Sonstiges**

- keine Vorlagen -

**IV. Verschiedenes**

**1. Veränderungen im Finanzausgleich durch den Zensus  
Anfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn vom 14. Januar 2014**

Unter Hinweis auf die Behandlung des inhaltsgleichen Tagesordnungspunkts in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 1., nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den mündlichen Bericht des Staatsrats Strehl zur Kenntnis.

**2. Zuwendungsdatenbank  
Anfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn vom 14. Januar 2014**

Unter Hinweis auf die Behandlung des inhaltsgleichen Tagesordnungspunkts in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2., nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den mündlichen Bericht zur Zuwendungsdatenbank zur Kenntnis und bittet um einen weiteren Sachstandsbericht zur Funktionsweise der Zuwendungsdatenbank nach Ablauf der Anlaufphase und Erstellung eines Berechtigungskonzepts zur Sitzung am 19. September 2014.

### **3. Abrechnung der Produktgruppenhaushalte 2013**

Unter Hinweis auf die Behandlung des inhaltsgleichen Tagesordnungspunkts in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 3., kommt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) darin überein, die Abrechnung der Produktgruppenhaushalte 2013 im Rahmen einer Sondersitzung am 26. Februar 2014 in der Mittagspause der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) um circa 13.00 Uhr zu beraten.

### **4. Berichtsbitte zur Beschäftigungssituation von Personal an den Schulen**

**Abg. Dr. Kuhn** bittet zur Februar-Sitzung um einen Bericht zur Entwicklung der Beschäftigungssituation von Personal an den Schulen.

Unter Hinweis auf die Behandlung des inhaltsgleichen Tagesordnungspunkts in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 5., bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) um einen Bericht zur Entwicklung der Beschäftigungssituation von Personal an den Schulen zu seiner Februarsitzung.

(Schluss des öffentlichen Teils 15.45 Uhr)

**Nicht öffentlicher Teil**

(Schluss der Sitzung 16.30 Uhr)

*C. Kau*

Carl Kau  
Ausschussvorsitzender